

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7748.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einseitige Beilage oder deren Raum 20 Pfennige, für Beilagen und Veranlagungen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 104.

Donnerstag, den 5. Mai 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Berrath! Berrath!

Die ober-schlesischen Polenführer haben sich als das erste, wofür wir sie im Grunde immer gehalten haben, als Verräther der Sache des ober-schlesischen Volkes. Ihre Demokratie war nur trügerischer Schein, ein schillerndes Mäntelchen, ihr Polenthum war nur Pfraße und Blendwerk, Köber für die Masse. Jetzt haben die Pfaffenführer von Deutchen ihre demokratischen und polnischen Masken fallen lassen, und da stehen sie nun da: die unverfälschten Freunde des junkerlich-agrarischen, römisch-pfälzischen, germanisirenden und volksbedrückenden Centrums. Wir finden kaum parlamentarische Worte, um diesen neuesten Volksbetrug zu rennen; aber wir hoffen, daß die polnischen Pfaffenführer, die jetzt, so lange die Wahl dauert, ihr Polenthum und ihre Volksfreundlichkeit in die Lumpenkammer geworfen haben, um diese trügerischen Masken nach den Wahlen sich wieder umzuhängen, am Ende die betrogenen Betrüger sind, daß wenigstens ein Theil derer, die sich von ihnen täuschen ließen, und zwar der intelligentere Theil, nicht mehr der rothen Fahne mit dem weißen Adler, sondern der einfach rothen Fahne folgen wird.

Was ist geschehen, was uns zu diesen Worten berechtigt? Die „Katholiken“, wie sie sich nach unserer Namensgebung jetzt selbst zu nennen beginnt, hat nun endlich ihren Wahlartikel fertig gebracht und in diesem ihren völligen Abfall von ihren Idealen, die sie bisher vom deutschen Centrum trennten, in aller nur wünschenswerthen Klarheit dokumentirt. Dieser Artikel stellt in aller Form einen Umfall dar, wie selber gar nicht jämmerlicher sein kann. Das Centrum besitzt im Umfalle bereits eine geradezu virtuose Fertigkeit, wir hatten aber nicht gedacht, daß ihm die Polen seine politischen Turnkünste so schnell abgequodt haben würden. Die Polen haben sich als die folgamen Söhne der deutschen Centrumsmutter erwiesen.

Was steht in jenem Artikel? Neben einigen polnisch und demokratisch klingenden Floskeln, die aber Niemanden mehr täuschen können, die Erklärung, daß die Polen wieder wie früher mit dem deutschen Centrum zusammen gehen, zusammen mit diesem wieder für „Wahrheit, Freiheit und Recht“, soll heißen: für Lüge, Knechtschaft und Unrecht, daß sie ihre Ideale, ihre Prinzipien, ihre Volksfreundlichkeit und ihr Polenthum verkaufen für das armelige Linsengericht einiger Candidaturen und einiger Vertreterstellen in den Wahlcomitees. Für diesen Zubaslohn vertragen sie die vielen Tausende ihrer polnischen Anhänger an das volksfeindliche, regierungsfreundliche Centrum, dessen Abgeordneten eingetreten sind für Germanisation, für neue Volkslasten, für die erneute Unterdrückung der ober-schlesischen Arbeiter, dessen Führer Szmula und Letcha den ober-schlesischen Arbeitern, denen es doch wahrlich elend genug geht, den Kampf ums Dasein noch verschlechtern wollen durch massenhafte Zuziehung von Russen und Galiziern.

Noch vor einem halben Jahre schlugen die polnischen Pfaffenführer vom „Katholik“ Kärm gegen die Aufstellung von Geistlichen als Centrumsandidaten, weil diese zu wandlungsfähig und regierungsfreundlich seien. In der That; besonders die geistlichen Abgeordneten im Centrum sind in der Politik die reinsten Raufschuadanner. Noch vor einem halben Jahre ermahnten die Pfaffenführer vom „Katholik“ ihre Anhänger, keinen Can-

didaten zu wählen, der für neue Volkslasten stimmen würde. Noch vor einem halben Jahre gründeten diese heuchlerischen Brüder ein neues politisches Blatt und gaben sich den Anschein, als wollten sie eine eigene Partei außerhalb des Rahmens des Centrums gründen; die Zeit dazu war auch in der That sehr günstig. Noch vor wenig Wochen spielte sich ein erbitterter Kampf zwischen Polen und Deutschen im Centrum ab, der bis jetzt noch nachklingt. Das deutsche Centrum und die ihm ergebenen Geistlichen behandelten die Polenführer wie Hunde, viel ärger als ober-schlesische „Herren“ ihre Arbeiter. Und was geschieht jetzt?

Die Polenführer küssen die Ruthe, sie küssen die Hände, die die Ruthe gegen sie geführt haben. Sie kriechen demüthig zu Kreuze, lassen sich von ihren ärgsten Feinden in Demuth ihre demokratischen und polnischen Sünden vergeben und sind froh, wenn sie wieder von den Centrumsherren als ergebene Diener angenommen werden. In Ratibor haben sie den Anfang mit dieser Komödie gemacht, Frank candidirt dort wieder für Polen und Deutsche, für Gerechtigkeit und Wahrheit, jetzt blauen sie in ganz Oberschlesien zum Rückzuge, zum „Sammeln“ bei der gnädigen Centrumsmutter von Liebess Gnaden!

Der Wahlaufbruch des „Katholik“ spricht davon, daß er „das öffentliche Wohl, das Wohl der heiligen katholischen Kirche und die hohe Sache des polnischen Volkes in Schlesien“ vertreten werde, und daß ihm die Sorge um diese Dinge die Trennung vom Centrum verbiete. Nun wohl, Ihr Herren vom „Katholik“! Habt Ihr das nicht schon früher gewußt? Habt Ihr nicht schon früher gewußt, daß es für Euch nur ein Entweder — oder giebt, daß Ihr nur wählen könnt zwischen dem volksfeindlichen deutschen Centrum einerseits und einer demokratischen polnischen Politik andererseits? Warum betreibt Ihr so lange, 5 Jahre lang, das letztere, um im entscheidenden Augenblicke doch wieder beim Centrum Euer Heil zu versuchen? So war also Eure ganze bisherige Haltung berechnete Täuschung Eurer Anhänger? Oder war es etwas Anderes? Ihr glaubt doch nicht etwa, daß Euch die „eisengepanzerte Faust“ der Lieber und Consorten demokratische und polnische Politik im Centrum erlauben wird? Ihr habt so oft den Centrumsabgeordneten vorgeworfen, daß sie die Rechte des Volkes mißachteten; und nun geht Ihr hin und thuet desgleichen! Also waren Eure damaligen Oppositionsreden eben nur Pfraßen, leere Redensarten, hinter denen nichts steckte, als die Absicht, Eure Anhänger zu täuschen? Ihr findet noch den Muth, Euern Anhängern Begeisterung für die Wahlen einzuflöschen, da Ihr selbst keine besitzt, Ihr ruft: „Die Zeit ist groß“, vergeßt aber, daß Ihr sehr kleine Männer seid, die ihre Zeit selbst nicht verstehen?

Hier, Ihr Oberschlesier, habt Ihr ein Bild Eurer Führer. Wenn es Euch nicht gefällt, so beklagt Euch nicht bei uns, sondern bei Euren Führern selbst. Wollt Ihr Euch noch lange von solchen Leuten an der Nase herumziehen lassen? Gerade die Intelligenten von Euch, die polnischen Industriearbeiter, die Berg- und Hüttenleute, werden sich hoffentlich den Umfall und Berrath ihrer Führer wohl merken und die Konsequenzen ihrer Erkenntnis ziehen.

Diese Konsequenzen können nur der sein, daß Ihr für die socialdemokratischen Candidaten eintretet. Nur hier findet Ihr prinzipienfeste Männer, die Eure Sache im Reichstage ohne Umfall führen werden. Die Sache des polnischen ober-schlesischen Volkes ist verloren, wenn sie wieder den Centrumsabgeordneten anvertraut wird. Die Polen sind ganz verlassen, wenn sie sich ferner auf die Heiden vom „Katholik“ verlassen.

Nieder mit den Verräthern der Sache des polnischen ober-schlesischen Volkes; nieder mit den polnischen Centrumsfreunden; nieder mit den polnischen Polen- und Arbeiterfeinden!

Die Katholikenpartei hat ihre eigene Existenz aufgegeben; wollt Ihr Wähler sie halten, wenn ihre Führer sie verlassen? Wählt deshalb die socialdemokratischen Candidaten, die werden Eure Sache besser führen!

Die „hohen Kosten“ werden von der Regierung nie mal vorgeschützt, wenn sich darum handelt, den hohen Beamten das Leben so angenehm wie möglich zu machen, wohl aber immer dann, wenn die Lage der unteren Beamten eine Verbesserung erfahren soll. Dieser Unterschied findet sich in jedem Verwaltungsressort. Das Reichspostamt hat, wie posthoffwärts mitgeteilt wird, über die Befreiung des Erholungsurlaubs der Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung neuerdings Bestimmungen erlassen, die den weiteren Ausbau dieser Einrichtung zum Zweck haben. Zur Erläuterung wird offiziell dazu bemerkt:

„Naturgemäß kann mit der Verallgemeinerung der Beurlaubung wegen der hohen Kosten nur allmählich vorgegangen werden. Wenn schon im Jahre 1897 durch die in beschränkterem Umfange stattgehabte Ertheilung von Erholungsurlaub an die Unterbeamten nach der von dem Herrn Staatssecretär des Reichspostamts im deutschen Reichstage abgegebenen Erklärung 85,000 Mk. Stellvertretungskosten entstanden sind, so würde die pöbliche allgemeine Ausdehnung der Beurlaubung auf die sämtlichen, oder auch nur auf die eratzmäßig angestellten Unterbeamten den Kostenanstieg auf eine unverhältnismäßigen Höhe anschwellen lassen. Hieraus folgt, daß die Erweiterung der Einrichtung in derselben Weise, wie dies hinsichtlich des Erholungsurlaubs der Beamten der Fall gewesen ist, nur nach und nach in's Werk gesetzt werden kann, um auf den Höhepunkt zu gelangen, zu welchem sich die jährliche Beurlaubung der Beamten entwickelt hat.“

Freilich ist's naturgemäß, daß den Unterbeamten zuletzt eine Erleichterung zu Theil wird — wegen der hohen Kosten. Es handelt sich, um den „Ausbau“ des Erholungsurlaubs vorzunehmen, im vorigen Jahre zunächst um eine Mehrausgabe von 85,000 Mk. Dieser stehen im Jahre 1897/98 ca. 384,022,994 Mk. Einnahmen (25 Millionen mehr als im Vorjahre) gegenüber. Und bei solch einer, einen Millionen-Pfost abwerfenden Einnahme nennt man die im Interesse der Unterbeamten zu machenden Mehraufwendungen „hohe Kosten“, ein Kostenaufwand von „unverhältnismäßiger Höhe“!

Wir Recht bemerkt die Berliner „Volks-Zeitung“, daß jede unangebrachte Rücksicht auf die vermeintlich zu hohen Kosten gerade vom finanziellen Standpunkt aus zu bedauern ist. Es wird in der obigen Beilage selbst deutlich anerkannt, daß der beurlaubte gewesene Beamte „mit erhöhter Berufsfähigkeit und körperlich wie geistig gestärkt“ seine Dienstgeschäfte wieder aufnimmt. Wüßten die möglichst weitgehende Urlaubsertheilung trotz der augenblicklichen Kosten für die Dauer eine Ersparnis, da sich mit der Verbesserung des Gesundheitszustandes der Beamten eine längere Dienstszeit der Beteiligten und somit eine Verminderung des Pensionsetats erzielen läßt. Gerade „wegen der hohen Kosten“, die der bei dem vorzeitigen Beurlauben der übermäßig angelegten Beamtenkräfte immer größer werdende Pensionsetat verursacht, sollte man von den „hohen Kosten“, die durch die Beurlaubungen entstehen, kein Aufhebens machen.

Uebrigens mögen die Postbeamten sich merken: Von den reactionären Abgeordneten, die außer der Nothlage der polnischen Großgrundbesitzer keine andere Nothlage anerkennen, haben die Postbeamten nach der angeordneten Richtung hin nichts zu erwarten. Auch die Unterbeamten bei kleineren Verkehrsämtern bedürfen des Urlaubs, und wenn einmal ein Landbriefträger ausspannen kann, wird es ihm in seiner Berufsfähigkeit und seiner Leistungsfähigkeit nichts schaden! So hoffen wir denn im Interesse der Postunterbeamten, daß die Begründung „wegen der hohen Kosten“ recht viele Abgeordnete der Opposition in den Reichstag bringen werde, damit die Urlaubsertheilungen in schnellerem Maße den denkbar größten Umfang annehmen und ganz allmählich ein werden! Die Wahlen stehen vor der Thür, um die vielen Tausende Unterbeamten der Post haben dabei ein gewichtiges Wort mitzureden! Ihr eigenes Interesse weist sie darauf hin, socialdemokratisch zu wählen!

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola. Uebersetzt von Dr. G. Rosé.

27) — Reuzig Francs! sprach Madame de Boves leise vor sich hin. Man müßte in der That keinen Pfennig in der Tasche haben, um sich einen solchen Kauf erlauben zu lassen. — Sie hatte den Fächer wieder in die Hand genommen und betrachtete ihn auf's Neue genau mit ihrer Tochter Blanche, und in ihren derben, regelmäßigen Gesichtszügen, in ihren großen schmerzhaften Augen spiegelte sich eine unterdrückte und verzweifelte Begierde, die sie nicht befriedigen konnte. Dann ging der Fächer zum zweiten Mal unter den Damen von Hand zu Hand, unter beständigen Bemerkungen und Ausrufen. Herr de Boves und Vallagnosc hatten in dessen das Fenster verlassen. Während der Erstere wieder seinen Platz hinter Madame Guibal einnahm, neigte sich der junge Mann zu Blanche und bemühte sich, ihr etwas Liebensewürdiges zu sagen. — Es sieht ein wenig traurig aus, nicht wahr, mein Fräulein, diese helle Einfassung mit den schwarzen Spitzen? — Oh, erwiderte sie ganz ernst, ohne daß auch nur eine Spur von Röthe ihr aufgedunsenes Gesicht färbte, ich habe vor Kurzem einen Fächer von Perlmutter mit weißen Federn gesehen. Der sah so jungfräulich aus! Herr de Boves, der zweifellos bemerkt hatte, mit wie betäubten Blicken seine Frau den Fächer betrachtete, äußerte nun auch seine Meinung: — Diese kleinen Dinger zerbrechen nur so leicht. — Reden Sie mir nicht davon! erklärte Madame Guibal, indem sie ihr Mündchen spitzte und die Gleichgültigkeit spielte. Ich bin es schon müde, meinen Fächer immer wieder zerbrechen zu lassen.

Schon seit einer Weile drehte Madame Marty, durch dieses Gespräch auf's Neueste erregt, ihre rothe Ledertasche nervös auf den Knien hin und her. Sie hatte ihre Einkäufe noch nicht zeigen können und brannte doch vor Begierde, sie auszukramen. Und plötzlich öffnete sie, vergessend, daß ihr Gatte zugegen sei, die Tasche und zog einige Meter schmale Spitzen hervor, die auf einen Carton aufgerollt waren. — Das sind Valenciennes-Spizen für meine Tochter, sagte sie. Sie sind drei Centimeter breit. Nicht wahr, die sind köstlich? . . . 1 Francs 30 der Meter! Die Spitzen gingen von Hand zu Hand. Die Damen staunten. Mouret versicherte, daß er diese kleinen Garnituren zum Fabrikpreise verkaufe. Madame Marty hatte indessen ihre Tasche wieder geschlossen, gleich als ob sie Dinge verborgen wollte, die sie nicht zeigen konnte. Nach dem Beifall, den ihre Valenciennes-Spizen gefunden hatten, konnte sie aber dem Verlangen nicht widerstehen, noch ein Taschentuch herauszuziehen. — Ich fand dort auch dieses Taschentuch . . . Es ist Brüsseler Application, meine Liebe! . . . Oh, ein seltener Gelegenheitskauf! Zwanzig Francs! Und nun erwies sich die Tasche als schier unerschöpflich. Ihre Wangen färbten sich vor Vergnügen beim Anblick eines jeden neuen Gegenstandes, den sie aus der Tasche hervorholte. Da war eine Cravatte von spanischen Blonden für dreißig Francs: sie hatte sie nicht nehmen wollen, doch der Commis hatte ihr versichert, es sei das letzte Stück zu diesem Preise, der Preis werde wieder erhöht werden. Dann kam ein Schleier von Chantilly-Spizen zum Vorschein; er war ein wenig theuer, der Preis war fünfzig Francs. Wenn sie ihn nicht tragen sollte, wird sie die Spitzen verwenden, um ihrer Tochter daraus etwas anfertigen zu lassen. — Mein Gott, Spitzen sind doch etwas gar zu Hässliches!

Wenn ich einmal dort bin, möchte ich den ganzen Laden zusammenkaufen. — Und was ist das? fragte Madame de Boves, die ein Stück Guipure betrachtete. — Das habe ich so nebenbei gekauft, erwiderte Madame Marty. Es sind sechsundzwanzig Meter. Der Meter zu ein Franc, wissen Sie. — Nicht möglich! rief Madame Bourdelais überrascht. Doch was wollen Sie damit beginnen? — Das weiß ich wahrhaftig noch nicht . . . aber das Muster war so possirlich! — In diesem Augenblick sah sie, als sie die Augen aufschlug, vor sich ihren Gatten, der wie verheiratet da stand. Er war noch bleicher geworden, in seiner ganzen Erscheinung prägte sich die resignirte Angst eines armen Mannes aus, der Zeuge der Verschleuderung seines sanfter erworbenen Gehalts ist. Als sie in seinen Blicken sein steigendes Entsetzen las, wollte sie das Taschentuch, den Schleier, die Cravatte schnell wieder einpacken. Mit feberhafter Hast griff sie danach und rief mit verlegenem Lächeln: — Sie werden mir noch Scheltworte von meinem Gatten zugiehen . . . Ich versichere Dich, mein Lieber, daß ich noch sehr vernünftig war, denn es gab dort noch Spitzen für fünfzig Francs . . . oh, die waren wunderbar! . . . — Warum haben Sie sie dann nicht gekauft? fragte ruhig Madame Guibal. Herr Marty ist ja der galanteste Gatte. Der Professor mußte sich verneigen und erklären, daß seine Frau thun könne was ihr beliebt, doch bei dem Gebanten an die Gefahr, die ihm von diesen theueren Spitzen drohte, überließ es ihn eiskalt, und da Mouret soeben versichert, daß die neuen Magazine zweifellos den Hausaltungen des Mittelstandes sehr zu Statten kämen, wußte er, daß er sich schrecklichen Wid zu den häßlichsten Blick des Furchsamsten, der es nicht wagt, seinen Gegner zu erwürgen.

Die besondere Ehrung, die dieser Reichstag dadurch erfährt, daß ihn der Kaiser am letzten Tage in corpore zur Tafel ladet, ist, wie die „Ziff. Ztg.“ ausführlich, ohne Vorgang. Die Mitglieder des Reichstags und ehemaligen Mitglieder sind nur einmal vollständig zu einem Festmahl im Schlosse entboten worden: am 18. Januar vor zwei Jahren, als es galt, das Jubiläum der Kaiserproclamation zu feiern. Man sieht, dieser Reichstag wird geehrt wie noch keiner, und das ist derselbe Reichstag, der das Ulfsturzgesetz abgelehnt hat, der den besonderen kaiserlichen Initiative entsprechenden Gesetzentwurf zur Errichtung einer Gedächtnishalle für sämtliche Opfer des Krieges ohne Gang und Klang verschwinden ließ; es ist derselbe Reichstag, der die Dvations für den 50jährigen Fürsten Bismarck ablehnte, und über den der Kaiser aus diesem Anlaß den Ausdruck seiner „tieftsten Entrüstung“ telegraphisch aussprach. Es ist der Reichstag, dem die Herren v. Levegow und Dr. Bürlin zu präsidieren nicht mehr mit ihrem nationalen Ehrgefühl vereinbar hielten, und dessen Präsidium Duol-Schmidt-Spahn von den Gegnern als das äußere Zeichen nationalen Verfalls mit Vorliebe noch in Letztartikeln verwertet wird. So ändern sich die Zeiten, die Stimmungen und Strömungen, und zwar, wie man sieht, sehr schnell.

Die streikenden Bergarbeiter vom Riesberge bei Donabrad haben an den Staatssecretär Grafen Posadowsky auf Anregung von Brust folgendes Telegramm geschickt: „Auf dem Hofsaale zu Donabrad versammelte 700 Bergleute beider Confectionen, die theils aus der Arbeit entlassen und aus den Werkwohnungen ermittelt wurden, weil sie sich weigerten, an den christlichen Feiertagen beider Confectionen andere Arbeit als Notharbeit zu verrichten. Übermitteln wir. Erzeuhen Dank und freudige Zustimmung für die Erklärung, daß die Arbeiter billig und gerecht zu behandeln und die Dividende des Unternehmers nicht das am höchsten zu erstrebende sei.“ Die „Kreuzzeitung“ findet ein Haar darin, daß die streikenden Bergarbeiter die Erklärung des Grafen Posadowsky für sich reclamieren. Sie meinen, die Arbeiter haben die Erklärung „nicht ganz richtig aufgefaßt“. Da wird sie recht haben!

Ausland.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Eine bedeutende Bewegung der amerikanischen Flotte in der Westsee hat nach dem „New-York Herald“ am Montag Nachmittag begonnen. Weitere Mittheilungen hierüber verheißern die Conjur. Der Kriegsrath habe beschlossen, es sei notwendig, daß die spanische Flotte vernichtet werde, bevor man den Versuch macht, Havana einzunehmen. Die für die Landung am Cuba bestimmte Flotte müsse von spanischen armen Schiffe, welche für das Bombardement der Verteidigungswerke von Havana verfügbar seien, unterstützt werden. Man glaubt anzunehmen zu dürfen, die spanische Flotte werde sich bemerken mit dem liegenden Geschwadern vereinigen. Die zu Kreuzern umgewandelten Schiffe „Furber“ und „Jail“ kreuzen angeblich im Atlantischen Ocean, um die Beherrschung der spanischen Flotte ausfindig zu machen. Sobald diese festgestellt, begeben sich dieselben sofort zur nächsten Abreise, um der Regierung in Washington Mittheilung zu machen. Es heißt, Commodore Sampson habe mit dem spanischen Geschwader zusammengetroffen, bevor letzteres eine Kohlenstation erreichen oder die amerikanische Küste angreifen könne.

In New-York ist am Montag früh die Nachricht der Schiffe des Atlantischen Geschwaders aus den Gewässern von Panama eingetroffen, um Kohlen einzunehmen. In America sind die Befürchtungen immer noch nicht so weit gelassen, daß eine Landung auf Cuba versucht werden könnte. Es ist jetzt nur gemeldet: Die erste Expedition wird voraussichtlich mit 3000 Mann Infanterie, 1000 Mann Cavallerie und 10 Batterien bestehen.

Ueber Erfolge der Aufständischen auf Cuba berichtet das „New-York Herald“ am 2. April: General Canaleja am 25. April die spanische Besatzung aus Sagua nach Manzanillo geschickt. Am folgenden Tage besetzte der Führer der Aufständischen Garcia die Stadt Sagua und erließ eine Proclamation, der zufolge das spanische Eigentum und die Rechte der Bürger geschützt werden müßten und zugleich angedeutet werden, daß die Geschichte in gewöhnlicher Weise fortgesetzt werden. In Madrid wird anlässlich besprochen, daß die eroberten Aufständischen Sagua oder Manzanillo besetzt haben. Beide Städte hätten ungehinderte Verteidigungswerke und eine feste Garnison.

In Spanien zeigen sich immer deutlicher Sonnen der kommenden Zusammenstoß. In Spanien kam es wegen der pöblichen Demonstrationen, in Valencia wegen der Generalstreik zu Zusammenstößen, wobei eine Anzahl von Personen verwundet wurde. In Madrid beschließen mehrere Batallionen die Straßen, letztere sind von Menschen angefüllt. Soldaten verhielten sich schamlos. Aus Barcelona kommende Nachrichten berichten, bei Fortdauer der jetzigen Zustände sei der Bürgerkrieg bestimmt zu erwarten. Die Lebensmittel sind um das Dreifache geklettert: eine Anzahl Fabriken sind geschlossen, Hunderte von Arbeitern werden entlassen. Der Gouverneur von Valencia hat gemeldet, in Castellana, einem Dorfe von 1300 Einwohnern, habe sich eine Bande von 12 Personen gebildet. Man weiß nicht, welche wichtige Bedeutung die Sache hat. Die Gerüchte in auf der Verfolgung der Bande begriffen. Während der wegen des Ereignisses der Generalstreik in Valencia: aufgehobenen Anzeigen blieben die Arbeiter einige Häuser und ein Kloster, welches sie in Brand setzten. Sie verließen fern, die Gefangenen zu befreien. Es wurden politische Verhaftungen vorgenommen.

Der Gouverneur aller spanischen Provinzen erhielt Auftrag, ohne Anfrage der Centralregierung den Belagerrungszustand nach eigenem Ermessen in dem Gebiet einer Gebirge zu proklamieren. Mancheschreiben Sagua an General Canaleja mit der Besetzung Sagua und soll der Generalregierung einen Cabineinschickel einreichen haben. Die Gerüchte aus einem beschriebenen Stadt Sagua und einer Dictator unter dem Namen Martinez Campos und dem General Palencia erließen sich. Die Suspension der Gesetzgebung, so behauptet man, die Verhängung der neuen Steuern unwirksam machen.

Japan. Die Unruhen wegen der Broitthenerung werden der kaiserlichen Regierung immer Sorgen. Am Donnerstag ging gegen in Hon das Gericht an, Schemu Benjuin und Sagata lären die Demission eingereicht; die Gerichte werden jedoch für unzulässig erklärt. Am einer weiteren Regierung durchgehend, ist durch Doret vom Minister die Aufhebung der Schreibegülle bis zum 30. Juni angesetzt.

Der Kaiser hat die Befehl gegeben, daß in Hon und Umgebungen der dortige Kriegsminister und die Stellung der Befehlshaber übertragen. Es ist dort sind auch in anderen Bezirken, in denen Aufständischen erschienen, die Militär- und Gendarmerie dem Kaiser anzuordnen anzuordnen machen, so in Fuzuma, Solingen, etc.

von der Regierung verlangte Herabsetzung der Lebensmittel-Prachtartikeln auf die Hälfte. In Placencia waren am Dienstag die Aufständischen auf die Polizei mit Steinen. Die Polizei machte von ihrer Waffe Gebrauch und tödtete einen Aufständischen, mehrere andere und auch mehrere Soldaten wurden verwundet. In Figling drangen in einem Hause Placencia in die Getreidemagazine; da es den Beamten nicht gelang, Ruhe zu schaffen, kam es zu einem Zusammenstoß. Ein Aufständischer wurde getödtet, mehrere wurden verwundet; auch ein Polizeibeamter ist schwer verletzt worden. In Coreffina (Provinz Cremona) wurden zwei von den Aufständischen getödtet, einige andere verwundet, auch wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. — Auch in Parma kam es zu Aufständischen. In Binerbino Murg. in der Provinz Bari machte sie die Besatzung (30 Soldaten) in einem Hause ein sperren lassen, woran das Volk Feuer legte. Durch militärische Hilfe aus Bari wurde die Besatzung befreit. Eine wahrhaft erschütternde Schilderung der Hungerausstände in Bari finden wir in der Wiener „Neuen Freien Presse“. Dem Blatte wird unterm 27. April von dort geschrieben:

Der heutige Tag bildet in der Geschichte Bari einen schwarzen Punkt für ewige Zeiten; der Hunger riß die sonst so ruhige Bevölkerung zu Demonstrationen gegen die Stadtverwaltung und den Staat hin, wie sie seit Menschenzeiten hier nicht stattfanden. Die Ursache bildete die Brotvertheuerung; der Preis stieg seit drei Monaten von 30 Centesimi per Kilo auf 55 Centesimi. Angesichts der steigenden Getreidepreise dürfte auch das Brot noch theurer werden und der Hunger in Tausenden von Familien Einzug halten. Gegen 8 Uhr früh zogen etwa 6000 Menschen vor das Haus des Sindaco und begehrten von diesem die Vertheilung von Brot sowie Geldunterstützung, worauf ihnen die Antwort ward, der Gemeinderath würde sofort über die zu ergreifenden Maßnahmen beraten. Die Menge begann nun, unzufrieden über die Antwort zu plandern und zu brandstiften. In einem Zeitraum von zwei bis drei Stunden hatte Bari das Aussehen, als wüthete der Feind in seinen Mauern. Gegen 20,000 Menschen zogen auf den Platz vor die Bruchter und das Pantheon, brangen in diese Gebäude, warfen Steine, Scherben, Essig, Brannt, etc., alles, was nicht niß und nagefest war, auf die Straße, überschütteten die Objecte mit Petroleum und zündeten sie an. Das Polizeiamt wurde bis auf die Mauern niedergebrannt. Die Menge drang in Verkaufshäuser ein und plünderte bei hellem Tage. Geschäfte und Banken, auch die Banca di Italia, schlossen gegen 10 Uhr Vormittags. Die Schulen sind geschlossen, die Zollschalterhäuser wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Finanzorgane wurden zerstört. Alles wurde ohne Versehenstreue in die Stadt gebracht. Die Garnison (1200 Mann) zeigte sich zu schwach, es ist die heile Revolution. Heute Abend langten 1800 Mann Infanterie, 200 Carabinieri und 200 Mann Cavallerie aus Varese und Joggia an. Man spricht bis jetzt von 400 Verhaftungen, 50 Todten und unzähligen Verwundeten. In ganz Bari ist kein Fenster ganz geschlossen. Die Laternen sind abgebrochen und zerbrochen. Diese Nacht wird vollständiges Dunkel herrschen, was die frühen Truppen, welche die Stadt nicht kennen, verhindern wird, rechtzeitig einzutreten.

Frankreich. Zwischen den Socialisten und Hochfort ist es nach bürgerlichen Berichten endlich zu einer scharfen Auseinandersetzung gekommen, welche zweifellos eine endgiltige Trennung zur Folge haben wird. Hochfort, so sagt der Bericht, hat für die Pariser Wahlen eine eigene Candidatenliste aufgestellt, aus der er die Socialisten Gerauld, Richard, Sombat und Rouquet gestrichen hat, weil dieselben sich nicht verpflichtet wüßten, gegen die Revision des Projectes Dreyfus zu stimmen. Nur Willeraud und Riviani hatten Gnade vor Hochfort's Augen gefunden. Heute veröffentlichte sämtliche Kameraden des Seine-Departement, darunter auch Willeraud und Riviani, ein Manifest, worin sie gegen den Versuch, die socialistische Partei zu entzweieln, auf das Schärfste protestieren, und erklären, daß sie vollständig einzig vor die Wahlen treten.

Deutscher Reichstag.

Am dem Reichstage. Die Verhandlungen des Reichstags sind den Schluß zu. In der heutigen Sitzung wurde wieder einmal mit Demissionen gearbeitet. Erst nach sechsstündiger Dauer war die reichsweite Tagesordnung erledigt. Die Sitzung nahm die dritte Sitzung der Militär-Untersuchungskommission in Anspruch. Das Centrum war seit der zweiten Sitzung wieder einmal unzufrieden mit der bei solchen Umständen nicht in den Vordergrund getretene Abg. Prinz v. Arnheim, heute in einer freien Aussprache, die sich aus Mitglieder der Centrumpartei, der Conservativen und National-Liberalen zusammensetzte, mit der Regierung eine sogenannte Compromissvorlage verhandelt, welche man auch zur Annahme gelangt. Dieses Compromiß stellt eine ungeheure Verschlimmerung der Verhältnisse dar und befehlige, was man nicht hätte begehren können, nicht geeignet, irgendwie als eine vorläufige Reform des bestehenden Zustandes zu gelten. Vor Allem handelt es sich in der Compromissvorlage das gesetzgebende Organ, nämlich längs aus dem activen Militärdienst entlassene Personen während der Zeit der militärischen Controle und ein Jahr darüber hinaus, der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden, wenn sie gegen eine frühere Verurteilung wüthet, aber nicht mehr bestrafen werden oder ihr zum Duell jedoch, aus Urachen, die in Deutschland nicht geübt werden. Gerade gegen die der pöblichen Volkspartei Compromissvorlage habe keine Partei bis auf die Sozialen. Gerade diese hätte das unter allerhöchsten Verbot des hiesigen Reiches sein. Wegen soll die letzte Sitzung stattfinden.

52. Sitzung. Mittwoch, den 4. Mai - 11 Uhr. Das am die internationalen Exekutiv-Konferenz in Paris und dem Reichstag gehörigen Verhandlungen sind in letzter Sitzung bekannt gemacht worden.

Es folgt die Sitzung über die Interpellation der Abg. Marx und Gersdorff (Cent.) Beantwortung der reichsweiten Fragen Angehts der ungenügenden hohen Gerichtsbarkeit eine gründliche Aufhebung der Gerichte durch den Reichstag?

Reichstagspräsident Hr. v. Obermann erklärt, daß die Regierung bereit ist, die Interpellation wegen zu beantworten.

Die Interpellation wird daher von der Tagesordnung abgehoben und gelangt wegen zur Verhandlung.

Das Fund ist ein Antrag in die letzte Verhandlung des Reichstags über die Militär-Untersuchungskommission.

Abg. Dr. v. Bismarck (Cent.): Heute während der Sitzung sind die Vorlage von dem Reichstag nicht mehr abgelehnt worden. Sie sind aber jetzt, um die Reichstagsmitglieder und in großer Mehrheit für die Vorlage zu stimmen, wenn sie gegen die von dem Reichstagspräsidenten bezeichneten Compromissvorlage nicht abgelehnt werden.

Abg. Gersdorff (Cent.): Der Reichstagspräsident hat heute

Würdigung der modernen Rechtsanschauungen das, was bis jetzt geschaffen ist und nun durch die bekannten Compromissvorläge im Sinne der Regierung zu Ende geführt werden soll, betrachtet, kann nicht sagen, daß durch die Vorlage den modernen Rechtsbegriffen Genüge geleistet wird. Neben aller Parteien mit Ausnahme der Conservativen haben bis in die letzten Tage hinein ihrer Ungünstigkeit mit dem Entwurf Ausdruck gegeben. Das Centrum hat sich ja schließlich der Regierung vollständig gefügt. Es erklärte, es komme vor Allem darauf an, das Gesetz nicht scheitern zu lassen, speciell mit Rücksicht auf die schwache Rechtschaffenheit. Auch wir sind stets für die Rechtschaffenheit eingetreten, aber was nicht eine Rechtschaffenheit, die keine ausreichenden Garantien für wirkliche Gerechtigkeit giebt. Die Hoffnung des Centrums, daß, wenn erst die Rechtschaffenheit bestesse, entsprechende Reformen von selbst kommen würden, kann ich nicht theilen. Wir haben es mit reactionären Mächten zu thun, die das, was sie an reactionären Gesetzen haben, auch festhalten. Sie behaupten ja allerdings stets, alleinige Repräsentanten des Rechtsbewußtseins zu sein und erklären einfach, daß alle, die zur Opposition gehören, von diesen Dingen nichts verstanden. Uns Socialdemokraten hat man sogar vorgeworfen, es komme uns lediglich darauf an, die Disciplin zu untergraben. Das ist ja ein recht bequemeres Mittel, um unsere Opposition in den Augen der Dummen und Borurtheilsvollen zu discreditiren, aber ein Mittel der Entwicklung des Rechtsbewußtseins der großen Volksmassen Einhalt zu thun, ist es gewiß nicht. Dem Grundsatze, die Armee über Allem, soll noch mehr als bisher in der neuen Militärstrafgerichtsordnung Rechnung getragen werden. Dies läßt sich an der Hand der gestrigen Beschlüsse für Punkt verfolgen. Da haben wir z. B. die Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit auf Reservisten. Ich verweise da nur darauf, daß nach den Erlässen des Kriegsministers, welche die Reservisten und die Bekämpfung der Socialdemokratie betreffen, es sehr leicht ist, jeden Reservisten am Tage der Controlversammlung mit den härtesten Strafen zu belegen, sobald nur festgestellt ist, daß er Socialdemokrat ist. Ich erinnere ferner an den § 8 der Regierungsvorlage, der nach den Worten des Herrn Kriegsministers erzieherisch wirken sollte; es brauche sich Niemand im Heere etwas Unrechtes gefallen lassen, sondern er könne auch von seinem Bescheidrecht Gebrauch machen. Nun, der Verstoß des Bescheidrechts für den Soldaten dürfte hier schon zur Genüge erdrückt sein! Ich verweise ferner darauf, daß man die Quelle der Jurisdiction der Militärgerichte überlassen hat, angeblich, um auf diese Weise das Duell besser bekämpfen zu können. Das heißt nur Spiegelfechterei treiben. Man schaffe doch ein generelles Verbot des Duells auch für das Militär! Die besondere Kurlstellung der Duellgerichte mit dem Militär ist die Offiziersbeure ist geradezu eine Herabsetzung der bürgerlichen Ehre. Ferner ist es für die Rechtschaffenheit sehr bedenklich, daß das juristische Element in allen Fällen zurückgedrängt ist. Herr Stenbach hat selbst zugegeben, daß der Grund hierfür wesentlich finanzieller Natur ist. Das will ich hier vor der ganzen weiten Öffentlichkeit noch einmal feststellen, daß der Regierungsvortreter eine Frage der Rechtschaffenheit unter den Gesichtspunkt der finanziellen Interessen zurückgedrängt habe. Andererseits finden das finanzielle Bedenken gar keine Berücksichtigung, wenn es sich a. S. um die sogenannte Verjüngung der Armee handelt, die den Pensionssfonds immer stärker anschwellen macht. Ich erinnere auch an die Auffassung, daß die Offiziere nicht die Beförderung des Fuchtwaldes gerechtigt erscheinen lassen. Ich halte es für durchaus unrichtig, von vornherein für eine bestimmte Menschenklasse die Voraussetzung aufzustellen, diese Leute sind ehrlich, sie entziehen sich nicht durch die Flucht einer Beförderung. In keinem anderen bürgerlichen Gesetze findet sich eine derartige Voraussetzung. Die nur eine Rücksichtnahme auf den Ehrgeiz der Offiziere ist. Ich kann jedoch nicht eine besondere Offiziersbeure, die über der Ehre alle anderen Menschen steht, anerkennen.

Eine andere Frage von großer Wichtigkeit ist die Einführung des Zeugnisszwanges. Es ist doch vor Allem wichtiger, daß nicht nur die Geistlichen und Rechtsanwälte in Ausübung ihres Berufs, sondern auch die Redacteure des Reichstags, der Zeugnisverweigerung erhalten. Auch diese handeln in Ausübung ihres Berufs, denn es ist ihre Pflicht, alle Mißstände aufzudecken. Sie können ein ungerichtetes System nicht dadurch aufrecht erhalten, daß sie das Ausschreiben der Wahrheit unter Strafe stellen. (Sehr richtig!)

Was die vielgerühmte Verantwortlichkeit anlangt, so steht diese eigentlich auch nur auf dem Papier; sie kann je jeden Augenblick durch einen Beschluß des Militärgerichts illusorisch gemacht werden. Geradezu ungeheuerlich ist die Beschränkung der Verteidigung auf solche Anwälte, von denen man eine soge. gute Befinnung voraussetzen kann; diese richtet sich ja in erster Linie gegen socialdemokratische Anwälte; aber man braucht sich keineswegs darauf beschränken, sondern kann überhaupt alle zurückweisen, von denen man volle Ehrlichkeit und Offenheit ohne Rücksichtnahme auf etwelche Neigungen und Wünsche von oben her befürchtet.

Ganz erhebliche Rechtsverfälschungen stellen auch die Bestimmungen über die Untersuchungsgefängnisse, über das Ermittlungsverfahren (ohne Vertheidiger!), über die Erschwerung der Belastung dar.

Die Regierung hat ihre Ablehnung aller unserer Verbesserungsvorschläge stets mit Hinweis auf die militärische Disciplin zu motiviren versucht. Als ob wir Socialdemokraten Gegner der Disciplin wären! Aber wir verlangen eine Befreiung des Cababergehorsams, der mit dem fortschrittlichen Gerechtigkeitssinn unserer Zeit nicht im Einklang steht. Ich habe bereits die Nothwendigkeit des Nothwehrrechtes für den Soldaten betont. Wenn der gemeine Soldat sich die infamsten Beschimpfungen, die größttheils thatsächlichen Thatsachen, die empörendsten Mißhandlungen sich gefallen lassen muß, ohne daß er auch nur den Finger rühren und seinen Feindiger zuwiderstellen darf, so hat ein solcher Zustand doch auch nicht das Minimum einer mit einer gesunden Disciplin zu thun.

Nun noch ein Wort über unsere Stellung zum bayerischen Reichsrecht, betreffend den obersten Militärgerichtshof. Wir stehen zunächst auf dem Standpunkt, daß das Particularrecht dem Reichsrecht zu weichen habe. Aber eben nur dann, wenn die hierdurch geschaffene Einigkeit auch wirklich freiwilligen Grundfagen entspricht. Das ist aber hier nicht der Fall. Hier handelt es sich um das Beharren des preussischen particularistischen Geistes, der mit Hilfe von allerlei Heuchelei und Unwahrheit sich zu geben pflegt als der weitaufgeklärteste nationale Geist; diesem Beharren widersteht sich das Volksbewußtsein, und besonders das in Süddeutschland. Und deshalb halten die Bayern an ihrem Particularrecht fest. Die reactionäre Politik ist die Urheberin des sogenannten Reichsverdrusses. (Sehr wahr! links.) Ihn werden Sie mit solchen Gesetzen nicht beilegen. Und glauben Sie: auch auf dieses Stück reactionärer Arbeit wird Ihnen das Volk am Ende die richtige Antwort nicht schuldig bleiben. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident v. Buel erklärt, die Kadtsche Heuchelei und Unwahrheit mit Bezug auf den preussischen Geist, wiewohl man diesen eigentlich hier nicht beleidigen könnte, seien doch so hart, daß er sie ernstlich rügen müße.

Reichstagspräsident v. Obermann: Die Angaben des Abg. Frohne sind zum Theil übertrieben, zum Theil unrichtig. Er hat die Rede offenbar auch nur so gehalten, weil seine Partei sich in großer Verlegenheit befindet. (Oho! bei den Socialdemokraten.) Das Gesetz enthält allerdings Fortschritte, deshalb wird auch der Appell des Herrn Frohne an das Volk ohne Wirkung bleiben. Das Volk wird tiefere von Neuem sehen, was es von einer Partei zu halten hat, deren Programm es nicht zuläßt, daß sie einem Fortschritt in der Gesetzgebung zustimmt. (Beifall rechts. Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bismarck (natl.) erklärt, seine Freunde würden dem Gesetz zustimmen, und giebt seiner Verteidigung darüber Ausdruck, daß man auch die Conservativen der Vorlage zustimmen wollten. Abg. Frohne habe übertrieben und vergessen, daß die Commissionsherstellung wesentliche Verbesserungen geschaffen habe. Auch die neuen Commissionsentwürfe bringen noch den Fortschritt, daß auch im Militärstrafgesetz die Einwirkung unschuldiger Beistandhersteller statthaben soll. Das Volk wird es mit Dank anerkennen, daß der

Reichstag mit den verbündeten Regierungen zu einem guten Abschluss in dieser Frage gelangt ist. (Beifall rechts.)

Abg. Hauptmann (Süd. Wp.): Wir werden dem Entwurfe nicht zustimmen. Mit ihm wird die Hoffnung auf eine wirkliche gründliche Reform auf Jahrzehnte hinaus vernichtet. Die ganze Vorlage ist ein Spiegel der Genügsamkeit, die man bei uns dem herrschenden Militärgeist gegenüber heuchelt. Wir vermessen in ihr den ersten Grundsatze einer modernen Wehrpflege, die Ständigkeit und Unabhängigkeit der Gerichte. Die Dienstpflicht wird unter Voraussetzungen beschränkt, die wir gar nicht kennen. Durch das Schweißegebot will man auch die Kritik der Presse, die man auch beim Militär noch einigermassen fürchtet, unterbinden. So wie die Dienstpflicht jetzt in das Belieben des obersten Gerichtsherrn gestellt ist, bedeutet sie eine Farce. (Sehr richtig links.) Dem Laienelement und zwar dem unfreien, in Abhängigkeit von der Disziplin lebenden, ist zu großer Spielraum gewährt. Die Compromißanträge stellen eine wesentliche Verschlechterung der Beschlüsse zweiter Lesung dar. Der § 8 darin ist eine Ungehörigkeit. Charakteristisch für den Geist dieser Anträge ist der eine Paragraph, in dem es heißt, die Annahme, daß ein Offizier sich der Bestrafung durch die Flucht entziehen könnte, ist ausgeschlossen. Was man bei jedem andern Bürger für möglich hält, soll also beim Offizier als ausgeschlossen gelten! Mit der Reaktion kann es nicht mehr lange so fortgehen. Es wird zu einer Sammlung kommen, nicht zu jener Aftersammlung der Junter und Hochschulgänger, sondern zu einer Sammlung aller bürgerlichen, freilebenden Elemente, und dann aber auch nicht eher, werden wir eine wirkliche Militärreform bekommen. (Beif. Beifall links.)

Abg. Groeber (Str.) spottet über das Fernbleiben des Abg. Hauptmann von den Commissionsberatungen und verteidigt die Compromißanträge. Die Vorlage stelle unzweifelhaft einen Fortschritt dar, das Erreichbare müsse genommen werden. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Singer (Soc.) beantragt namentliche Gesamtbestimmung.

Abg. Graf Eberhard von Stumm (cons.) bezweifelt, daß es möglich sei, den sogenannten modernen Anschauungen nachzugehen und die Autorität, die Macht des Königs einzuschränken. Ich werde gegen die Vorlage stimmen, schon wegen der Dienstpflicht des Verfassers. Da wird nur die Socialdemokratie mit einer gewissen Agitation einsehen, sie immer weiter auszuweihen. Und wenn wir ihnen das gestatten, dann sind wir nicht die Klugen. (Abg. Singer:) Das hat auch noch Niemand von Ihnen behauptet! (Feierkeit.)

Abg. Richter (freif. Wp.): Wir betrachten die Vorlage als Abfälligkeit und werden für sie stimmen. Anders steht es mit meinen lieben Kollegen aus Bayern, die in der Vorlage nur eine Verschlechterung des in Bayern herrschenden Rechts erblicken und dagegen stimmen werden.

Damit schließt die Generaldiscussion. In der Special-Discussion wird § 1 und 1a demittelos angenommen. Bei § 2 (Zuständigkeit der Militärgerichte) erwidert auf eine Anfrage des Abg. Stadthagen (Soc.) Generaladmiral Jänisch, daß auch die zu Controlversammlungen Eingezogenen allen militärischen Bestimmungen genau so unterliegen, wie die activen Soldaten.

Abg. Stadthagen (Soc.) constatirt, daß dann auch z. B. auch unter Umständen ein Wirth sein eigenes Local nicht besuchen dürfe, und daß man auch sein Wahlrecht dann nicht ausüben dürfe. Es sei daher ausdrücklich eine Zusatzbestimmung notwendig, die diese Praxis aufhebe.

§ 2 wird angenommen, ebenso die folgenden. § 3, der die Zuständigkeit der Militärgerichte auch noch ein Jahr nach Beendigung der Dienstzeit bei Beileidigung, Körperverletzung und Herausforderung eines Vorgesetzten vorläß, ist in zweiter Lesung gestrichen worden. Die Compromißgruppe (Prinz Arenberg und Gen.) beantragt, den Paragraphen in folgender Fassung wiederherzustellen: „Macht sich eine der in § 1 Nr. 1 bezeichneten Personen innerhalb eines Jahres nach Beendigung des Militärdienstes wegen der Dienstzeit widerstrebend Behandlung einer Beileidigung, Körperverletzung oder Herausforderung zum Zweikampf, gegenüber einem früheren militärischen noch im activen Dienst befindlichen Vorgesetzten schuldig, so ist wegen dieser strafbaren Handlungen und, wenn der Zweikampf stattgefunden hat, auch deshalb die Militärstrafgerichtsbarkeit begründet. Wegen Beileidigung ist die Militärstrafgerichtsbarkeit nur dann begründet, wenn sie im Verkehre mit dem früheren Vorgesetzten oder mit einer Militärbehörde begangen worden ist.“

Abg. Beck (freif. Wp.) bekämpft den Compromißantrag. Kriegsminister v. Schellert stellt eine Statistik mit, wonach in einem Jahre 41 Fälle von Beileidigung von Vorgesetzten, 8 Fälle von Herausforderung und 5 Fälle von Körperverletzung vorgekommen seien, und begründet damit die Nothwendigkeit des Compromißparagraphen.

Abg. Graf v. Bernstorff-Lauenburg (Rp) erklärt, seine Freunde würden dem Antrage zustimmen.

Abg. Haase (Soc.): Wir haben begründete Bedenken gegen diesen Antrag, da über den Begriff „Verkehr“ die Militärgerichte nicht entscheiden, deren Auslegung, wenn es sich um politische Landesprojekte handelt, zur Gänze bekannt ist. Wir haben einen Antrag eingereicht, der statt „in Verkehre“ die Worte „in unmittelbarem persönlichen Verkehre“ enthält. Es ist überhaupt unklar, daß wegen einer so geringen Zahl von Fällen ein Ausnahmengesetz gemacht werden soll, das doch nur dem Mißtrauen gegen die bürgerlichen Institutionen entspringt. Ich bitte Sie ebenfalls, um zu argen Mißbrauch zu verhindern, unserem Antrage zuzustimmen.

Abg. Groeber (Centr.): Um das Spreiten der ganzen Vorlage zu verhindern, hätten seine Freunde der wesentlich gemilderten Fassung des § 8 in der beantragten Form zugestimmt. Dasselbe von einem Umfalle zu sprechen, sei eine ganz unredliche Insinuation.

Der Zusatzantrag des Abg. Haase wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und eines Theils der Freisinnigen abgelehnt, und darauf der Compromißantrag Prinz Arenberg und Genossen in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 101 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Conservativen, die Reichspartei, die Mehrheit des Centrums, die Nationalliberalen und die freisinnige Vereinigung, dagegen die Socialdemokraten, die freisinnige Volkspartei, die bayerischen Mitglieder des Centrums, die süddeutsche Volkspartei, die Polen, die Antisemiten, mit Ausnahme des Abg. Liebermann v. Sonnenberg, sowie die Welfen.

§ 8 ist also dem Compromißantrage gemäß wieder hergestellt. Die §§ 9 bis 171 gelangen debattelos, theils unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung, theils mit den dazu vorgeschlagenen Compromißanträgen Prinz Arenberg und Genossen zur Annahme.

In § 172 (Verfahren bei Ergreifung auf freier That) ist in zweiter Lesung auf Vorschlag der Commission eine Änderung beschlossen worden, daß bei Offizieren die Verhaftung nicht lediglich bei Begehung von Verbrechen, sondern auch von Vergehen, wegen deren auf Verlaß der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.

Ein Compromißantrag Prinz Arenberg will auch für die Regierungsvorlage wiederhergestellt werden. Die Verhaftung von Offizieren soll also nur dann vorgenommen werden, wenn sie vor oder nach Begehung eines Verbrechens ergriffen oder verfolgt werden.

Abg. Haase (Soc.) bittet, diesem Antrage keine Folge zu geben. Es sei geradezu ungeheuerlich, den Offizier hier auch bezüglich der ehrenrührigen Vergehen anders zu stellen, als andere Staatsbürger. Generalleutnant v. Niedahn empfiehlt dagegen den Antrag zur Annahme, da damit viele Konflikte zwischen Offizieren und Civilisten vermieden würden.

Abg. Singer (Centr.) tritt ebenfalls für den Compromißantrag ein.

Der Compromißantrag Prinz Arenberg und Genossen wird darauf auch hier angenommen.

Die §§ 173-447 gelangen debattelos zur Annahme. — Ebenso die von dem Abg. Prinz Arenberg und Genossen (Compromiß) hinterlegten beantragten neuen §§ 447a-d, welche die Entschädigung von im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen regeln. — Auch der Rest des Gesetzes wird ohne Discussion angenommen.

Abg. Wackerbarth (natlib.) beantragt im Anschluß an daselbe mit Unterstützung von Mitgliedern verschiedener Parteien folgende Resolution:

Die verbündeten Regierungen aufzufordern, dem Reichstage in der nächsten Session, alsbald nach dessen Zusammentritt, den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Berufung in Strafsachen, welche vor den bürgerlichen Gerichten verhandelt werden, vorzulegen.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Von dem dann zur Berathung gestellten Einführungs-gesetz gelangen die §§ 1-32 ohne Erörterung zur Annahme. Bei § 33, der die Ausnahmestellung Bayerns hinsichtlich des obersten Militärgerichtshofes behandelt, erklärt

Abg. Dr. Lieber (Centr.), in dieser Frage würden seine Freunde aus Bayern sich von der Mehrheit der Partei trennen, um ihrer Mißstimmung darüber Ausdruck zu geben, daß es nicht gelungen sei, den bayerischen Wünschen Rechnung zu tragen. Er hoffe aber, daß es bald gelingen möge, eine Verständigung auch über diese Frage herbeizuführen.

Reichstangler Fürst Hohenzollern erwidert, er hoffe ebenfalls, daß diese Verständigung erzielt werde, er werde auch in diesem Sinne wirken. Die Verhandlungen zwischen den beiden Contingent-herrn hätten seit seiner letzten Erklärung auch bereits einen im Sinne der Verständigung wesentlichen fortschreitenden Charakter angenommen. Es sei somit begründete Hoffnung vorhanden, daß auch dieser Streitige Punkt eine befriedigende Lösung finden werde.

Abg. Dr. Fehr v. Herxthal (Centr.) freut sich, daß nach der Erklärung des Reichstanglers der liberale Charakter des Reiches auch in dieser Frage gewahrt werden solle. Daß dies geschehe, sei der Wunsch aller Bayern, und diesem Wunsche habe er in der zweiten Lesung auch nur Ausdruck geben wollen.

§ 33 wird darauf unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Ebenso debattelos der Rest des Einführungs-gesetzes und demnach das Gesetz betreffend die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustiz-beamten.

In der dann folgenden Gesamtbestimmung wird schließlich die Militärstrafgerichtsordnung in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 83 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Socialdemokraten, die süddeutsche Volkspartei, ein Theil der Conservativen, die bayerischen Mitglieder des Centrums und der freisinnigen Volkspartei, die Welfen, sowie die Abgg. Schmidt-Walms (Centr.) und Dr. Sigl (Widl.).

Sodann wird die neulich begonnene weisse Berathung des von dem Abg. Dr. Haase und Genossen (natlib.) beantragten, von der Commission zur Annahme empfohlenen Gesetzesentwurfes betr. den Verkehre mit künstlichen Süßmitteln fortgesetzt.

Die §§ 1 und 2 werden debattelos angenommen.

Zu § 3 (Verbot der Verwendung künstlicher Süßstoffe zur Herstellung von Bier, Wein etc.) beantragt

Abg. Dr. Herms (freif. Wp.) hier hinter „Herstellung von“ einzufügen „nicht obergährigem“. — Zur Begründung weist Antragsteller darauf hin, daß eine große Zahl kleiner Brauereien in ihrer Existenz bedroht sein würden, wenn man ihnen die Verwendung von Saccharin auch verbieten würde. Leider seien gerade diese kleinen obergährigen Brauereien nicht organisiert, deshalb hätten sie noch keine Petition an den Reichstag gelangen lassen können. Eine solche werde aber jetzt vorbereitet und darin die Wichtigkeit des Saccharins für diese Brauereien eingehend dargelegt. Er bitte um Annahme seines Antrags.

Abg. Wurm (Soc.): Es liegt keineswegs im Interesse der obergährigen Brauereien, wenn man ihnen gestattet, ein solches Süßmittel zu gebrauchen, das doch im Großen und Ganzen nur zur Schädigung und zum Betrügen der Consumenten angewendet werden wird. Will man den obergährigen Brauereien helfen, so mag man Steuerfreiheit für das obergährige Bier gewähren, dann könnte das sich ein größeres Absatzgebiet verschaffen und der Schnaps-pest entgegenwirken. Das Saccharin ist und bleibt unentwertig. Wir sind in Norddeutschland ohnehin gestraft genug, daß wir keine billigen Weine haben, wie in Süddeutschland. Warum sollen wir nun auch schlechtes Bier trinken. (Allseitiges: Sehr richtig!) Von Ueberrumpelung kann keine Rede sein. Die Commissionsberatungen haben sich lange genug hingezogen. Die Brauereien, welche Saccharin benutzen, haben lange genug ihr Unwesen getrieben. In einem mir vorliegenden Originalbriebe steht die Firma Fohberg, list u. Comp. 1000 Mark für eine wirksame Gegenagitation gegen den Antrag Haase aus. Was die Forderung des Exports des norddeutschen Bieres mit Hilfe des Saccharins anlangt, so glaube ich daran nicht. Wenn es darauf hinwirken, daß die preussische Eisenbahnverwaltung sich den norddeutschen Brauereien ebenso entgegenkommend erweist, wie die süddeutsche den dortigen, dann helfen Sie der Bierexportindustrie weit mehr. (Bravo! links.)

Abg. Hilde (Widlib.): Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß die Verwendung des Saccharins zu Bierbrauereizwecken noch verteidigt wird. (Allseitiger Beifall.) Der Antrag Herms ist für mich undurchführbar. Den kleinen Brauereien wird am besten durch Befreiung oder Ermäßigung der Brauersteuer geholfen. Der Antrag Herms wird hierauf abgelehnt.

§ 3 wird angenommen. Abg. Herms beantragt sodann einen § 3a einzufügen, in welchem eine Entschädigung der Saccharinfabrikanten vorgesehene ist. Redner verliest sodann ein Schreiben der Firma Fohberg, list u. Comp., worin diese bestrittet die 1000 Mark zu Gegenagitation gegeben zu haben.

Abg. Wurm (Soc.) verliest unter großer Feierlichkeit des Hauses und allseitigem Beifall zwei Originalbriebe der Firma, aus denen hervorgeht, daß sie in der That die 1000 Mark den Brauereien für den Fall zur Verfügung gestellt hat, daß der Antrag Haase zu Fall gebracht wird.

Damit schließt die Discussion. Der Antrag Herms wird gegen die Stimmen der freif. Volkspartei abgelehnt. Die §§ 4 und 5 werden unverändert angenommen.

In § 6, der den Termin des Infrastrucens offen läßt, wird auf Antrag des Abg. Szynula (Centrum) der 1. October 1898 als Termin eingefügt. Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Präsident von Bülow schlägt als Tagesordnung derselben vor: Rechnungs-sachen. — 3. Berathung der Novelle zur Civilproceß-ordnung. — Petitionen. — Interpellation Luer u. Gen., betr. Getreidezölle. — 3. Berathung des Nachtragssetats.

Abg. Koeven (Centr.) bebauert es, daß die vom Centrum eingereichten Anträge (Lex Heinze und Aufhebung des Jesuiten-gesetzes) keine Erledigung mehr finden.

Abg. Singer (Soc.) bemerkt Herrn Koeven, daß auch keine Fraction unter demselben Uebel zu leiden habe. Im Uebrigen wird der Herr Abgeordnete ja wissen, welcher Anlaß dafür vorliegt, daß am Freitag keine Beratungen mehr stattfinden. Redner beantragt jedoch die Interpellation Luer an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen, damit sie nicht in den letzten Minuten der Session heruntergehüpelt werde.

Dieser Antrag wird abgelehnt, dagegen ein Antrag Bennigsen angenommen, daß die Civilproceßordnung an erster, die Interpellation an zweiter Stelle behandelt werde.

Abg. v. Levetzow (cons.) beantragt, daß auch die dritte Berathung des Saccharin-gesetzes auf die Tagesordnung gesetzt werde. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abg. Singer (Soc.),

Beck (freif. Wp.), v. Guay (natl.), Bennigsen, Bebel, v. Levetzow und Präsident v. Bülow theilnehmen, erklärt

Präsident v. Bülow, er werde den Gegenstand auf die Tagesordnung setzen, wenn kein Widerspruch von 15 Mitgliedern sich erhebt.

Abg. Richter erklärt, daß seine Freunde diesen Widerspruch nicht erheben werden, da sie ihn Angesichts der großen Mehrheit, die die Vorlage hier gefunden, nicht für gerechtfertigt halten. Der Gegenstand wird hierauf auf die Tagesordnung gesetzt. Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 4. Mai.

Das Abgeordnetenhaus verliest heute in erster Lesung den Gesetzentwurf, betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. Die Vorlage, die für den genannten Zweck die Bewilligung weiterer fünf Millionen verlangt, wurde von allen Seiten sympathisch aufgenommen und als ein Werk von hoher sozialpolitischer Bedeutung begrüßt. Eine Ueberweisung an die Budgetcommission wurde nicht beliebt; die zweite Lesung wird sofort im Plenum stattfinden. Die dazu gehörige Denkschrift wurde durch Kenntnissnahme für erledigt erklärt.

Eine längere Debatte knüpfte sich an den Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung vom 1. October 1896 bis dahin 1897. Selbst conservative Redner gingen mit dem Eisenbahnminister Thelen und seinem Chef, dem Finanzminister Dr. v. Miquel, scharf ins Gericht, weil ihre übertriebene Sparsamkeit nicht zu rechtfertigen sei. Helsen wird freilich auch das nicht, die preussische Finanzpolitik wird wohl nach wie vor auf die Erzielung hoher Ueberschüsse gerichtet sein. Der Bericht wurde schließlich für erledigt erklärt, ebenso ohne Debatte die Nachverhandlungen der zur Förderung des Baues von Kleinbahnen bis zum Schluß des Jahres 1897 bewilligten Beträge. Hierauf wurden Petitionen ohne allgemeines Interesse beraten. Morgen: Zweite Berathung der Seefahrtsgesetzvorlage, Petitionen.

Die Reichstagswahlen.

Die socialdemokratische Parteileitung in Darmstadt stellt bei der Bürgermeisterei den Antrag, die Wählerliste für die bevorstehenden Reichstagswahlen durch Druck von 2000 Exemplaren zu lassen und als Beilage durch die dortigen Tagesblätter zu veröffentlichen. Die Bürgermeisterei hat sich veranlaßt gesehen, zunächst Erklärungen in anderen Städten darüber einzuziehen, wie es in dieser Beziehung gehalten wird. Der Antrag hat jedenfalls das für sich, daß er eine unendliche Menge unnützer Schreibereien und Laufereien aus der Welt schaffen würde.

Der conservative Wahlausruf ist nunmehr veröffentlicht worden. Der Ausruf handelt zuerst von Religion, Monarchie, Familie als Grundlage des Staatswesens, betont das wahre Christenthum und die monarchische Staatsform. Treue der Verfassung unter gleichmäßiger Hochhaltung der Krone und der persönlichen Freiheit. Weiterhin tritt der Ausruf ein für volle Vertheilung des Volkes zu Wasser und zu Lande, für eine „nationale Politik nach außen“. Sodann werden die sozialdemokratischen, agrarischen und zünftlerischen Bestrebungen der Partei wörtlich wie folgt eingestrichelt: „Darum erheben wir einen kräftigeren Schrei der nationalen Arbeit ohne Bevorzugung einzelner Erwerbsgruppen, aber unter besserer Berücksichtigung von bisher stiefmütterlich behandelten Gewerben. Wir werden demnach Handelsverträgen, welche auf Kosten der Landwirtschaft einzelnen Exportindustrien Vortheile zubringen, keinesfalls unsere Zustimmung geben. Wir werden darauf dringen, daß Handwerd und Kleinindustrie kräftiger als bisher gegen groccapitalistische Konkurrenz und unethische Verletzung von Treue und Glauben im Geschäftsverkehr geschützt werden. Wir erwarten jedoch nur von dem Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Factoren eine erfolgreiche Förderung des Schutzes der nationalen Arbeit und der einzelnen Erwerbsgruppen.“ Gegenüber der Socialdemokratie wird sodann betont der weitere Ausbau der Gesetzgebung im Sinne der Volkshaus von 1881 und die energische Handhabung staatlicher Nachmittel. Der Ausruf schließt mit der Versicherung, daß man mit dem altbewährten „Mit Gott für Fürst und Vaterland, für Kaiser und Reich“ denen die Hand reichen wolle, die im Kampfe zur Erreichung dieses Zieles helfen wollten. — Beiliegend ein Sammelcurium nichtslagernder Phrasen! (Ende der Rubrik: Volkstische Uebersicht.)

lokales und Provinziales.

Breslau, den 4. Mai 1898.

* Das Submissionswesen und die Arbeiter.

Eine am 23. März d. J. stattgefundene Versammlung von Bau-tischlern hatte an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung das Ersuchen gerichtet, bei Vergebung von städtischen Arbeiten im Submissionswege nicht mehr den Mindestfordernden zu berücksichtigen. Veranlassung zu diesem Vorgehen hatten die bekannten Lohnbifferenzen in dem Bau-geschäft von Max Seele, welchem die Tischlerarbeiten im städtischen Siedenhausbau übertragen worden sind, gegeben. Auf die den genannten Körperschaften übermittelte Resolution ist dem Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes — derselbe hatte zwar mit der Sache nichts zu thun — folgende Antwort des Magistrats zugegangen:

Dem Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes theilen wir auf die an die Stadtverordneten-Versammlung und uns gerichteten Schreiben vom 27. v. M. ergeben mit, daß wir im Einverständnis der Bau-Deputation beschloffen haben, an dem bisherigen Verfahren, die städtischen Arbeiten im Wege der Sub-mission zu vergeben, nichts zu ändern. Wir werden also nach wie vor dem Mindestfordernden den Zuschlag ertheilen, sofern nicht begründete Bedenken gegen die Leistungsfähigkeit des Unter-nehmers oder die Güte des angebotenen Materials bestehen.

Wir weisen hierbei darauf hin, daß die in der Resolution vom 23. v. M. beflagten Vorwurfsanträge sich bei jeder Art der Vergebung der Arbeiten, sei es aus freier Hand, erheben können. v. Visselstein. Städt. Bau-u.

Die Arbeiter mögen daraus sehen, daß sie von dieser Seite nichts zu erwarten haben. Selbst ist es auch hier der Mann! Noch besitzen die Arbeiter das Coalitionsrecht, das ihnen die Möglichkeit giebt, solche Anschauungen wie sie bei der Firma Seele vorgekommen sind, erfolgreich zu bekämpfen. Jenein in die Gemerkschaft! Das muß das Lösungswort eines jeden Arbeiters sein.

* Wahlvorbereitungen. Der Wahlverein der Freisinnigen Volkspartei hielt gestern Abend eine Versammlung ab beauftragte die Wahlvorbereitungen für die Reichstagswahl in den beiden hiesigen Wahlkreisen. Der Vorsitzende des Vereins, Rechtsanwalt Heilberg, theilte der Versammlung mit, daß die Krlegenheit noch nicht erledigt werden können. Die Versammlung ermächtigte Herrn Heilberg mit geeigneten Personen beauftragt Uebernahme einer Candidatur vorzubereiten zu dürfen. Die Wahlvorbereitungen sollen dem Verein in

